

Protokolleintrag vom 03.09.2008

2008/398

Postulat von Christian Wenger (SD) und Patrick Blöchlinger (SD) vom 3.9.2008:

Beratungsstellen, Unterbindung der Tätigkeit für illegal anwesende ausländische Staatsangehörige

Von Christian Wenger (SD) und Patrick Blöchlinger (SD) ist am 3. September 2008 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Tätigkeit von Beratungsstellen und anderen Einrichtungen, welche dazu dienen, illegal im Lande verweilenden Ausländern den weiteren Aufenthalt hierzulande zu ermöglichen bzw. zu erleichtern, unterbunden werden kann.

Begründung:

Der Gesetzgeber hat in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, damit die illegale Einwanderung in die Schweiz endlich gestoppt, Machenschaften zur Umgehung der Ausländergesetzgebung (z.B. Scheinehen) vereitelt und Personen ohne Aufenthaltsrecht in unserem Land möglichst rasch wieder in ihre Heimat zurückgeführt werden können. Mit grossem Einsatz und beträchtlichen Kosten für das Gemeinwesen bemühen sich zumindest im Kanton Zürich die Migrationsbehörden, diesen gesetzlichen Auftrag auch wirkungsvoll umzusetzen.

Nun wird diese wichtige Arbeit zum Schutz unserer Heimat vor Überfremdung und Übervölkerung aber nicht nur teilweise schon von anderen staatlichen Aktivitäten (z.B. einem ins Grotoske übertriebenen "Datenschutz" und einer immer mehr ausufernden Auslegung von "Grundrechten" durch staatliche Organe) torpediert. Hinzu kommen allerlei private (mitunter allerdings auch noch subventionierte) Beratungsstellen und ähnliche Einrichtungen, welche illegalen Aufenthaltern und Missbrauchern von Sozialstaat und Grundrechten eifrig aufzeichnen, wie man die Repatriierungsbemühungen der Migrationsbehörden unterlaufen und auch aus der Illegalität heraus noch unseren Sozialstaat als Selbstbedienungsladen benützen kann. So gibt es beispielsweise am Helvetiaplatz ganz offiziell eine "Anlaufstelle" für sogenannte "Sans-papiers" (eine beschönigende Bezeichnung für illegale Aufenthalter). Zwar erklärt schon das Gesetz die Erleichterung des illegalen Aufenthalts sogar für strafbar, doch das scheint niemanden zu kümmern. Es ist höchste Zeit, dass solchen Einrichtungen und deren Betreibern das Handwerk gelegt wird.

Mitteilung an den Stadtrat